stadt RÖSRATH

Stadtrat

N i e d e r s c h r i f t

der 22. Sitzung des Stadtrats in der 17. Wahlperiode am Montag, 11.12.2023, 18:06 Uhr bis 22:15 Uhr in der Aula Freiherr-vom-Stein-Schule

Anwesend sind:

Schulze, Bondina	Bürgermeisterin	
CDU-Fraktion		
Büscher, Wolfgang	1. Stellv. Bürgermeister	
Gemein, Gabriele	Ratsmitglied	
Dr. Heider, Markus	Ratsmitglied	
Dr. Henseler, Reinhold	Ratsmitglied	bis 22:17 Uhr / TOP 24
Jahn, Christoph	Ratsmitglied	
Kuhnen, Heike	Ratsmitglied	
Louzao de La Cruz, Miguel	Ratsmitglied	
Müller, Achim	Ratsmitglied	ab 18:10 Uhr
Nielen, Leonard	Ratsmitglied	
Rilke-Haerst, Veronika	Ratsmitglied	
Dr. Schiffbauer, Daniel	Ratsmitglied	ab 19:33 Uhr / TOP 12
Schönberger, Marc	Ratsmitglied	
Steinbach, Jürgen	Ratsmitglied	
Thorwart, Wolf-Dieter	Ratsmitglied	
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Schumacher, Hardy	2. Stellv. Bürgermeister	
Dr. Hünseler, Christoph	Ratsmitglied	
Labitzke, Ronald	Ratsmitglied	
Mathei, Peter	Ratsmitglied	
Dr. Plagge, Markus	Ratsmitglied	
Rehme, Doris	Ratsmitglied	
Dr. Scharkus, Sibylle	Ratsmitglied	
Schneid, Lothar	Ratsmitglied	
Weiß, Friedo	Ratsmitglied	
Wittkop, Peter	Ratsmitglied	
SPD-Fraktion		
Bachmann, Jürgen	Ratsmitglied	
Gardemeier, Wolfgang	Ratsmitglied	bis 21:17 Uhr / TOP 11.1
Heuchert, Julia Aline	Ratsmitglied	
Kupich, Gerhard	Ratsmitglied	
Nebel, Lukas	Ratsmitglied	
Wittfeld, Bastian	Ratsmitglied	
Zinke, Petra	Ratsmitglied	

Fraktion ForsPark

Bautz, Uwe	Ratsmitglied	bis 20:02 Uhr / TOP 11.1
Steinbach, Bernd	Ratsmitglied	
Steinbach, Yannick	Ratsmitglied	
Sterzenbach, Manfred	Ratsmitglied	

FDP-Fraktion

Gopp, Sebastian	3. Stellv. Bürgermeister
Büscher, Andrea	Ratsmitglied
Höhne, Tom	Ratsmitglied
Pregler, Erik	Ratsmitglied

Fraktion Zusammen Leben Rösrath

Dick, Giselher	Ratsmitglied
Jaeckel, Daniel	Ratsmitglied

Ohne Fraktion

Mau, Dirk	Ratsmitglied	bis 21:42 Uhr / TOP 18

Von der Verwaltung waren anwesend:

Günzel, Elke	Gleichstellung
Happ, Carsten	Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung
Herrmann, Christoph	Dezernent
Ley, Sabine	Fachbereichsleiterin
Lorenz, Bianca	Technische Beigeordnete
Lüttgen, Daniela	Sachbearbeiterin
Pankau, Jessica	Schriftführung
Welsch, Christian	Kämmerer
Zieren, Yvonne Leitung	Jugendamt
Schmidt, Christoph	Vorstand StadtWerke Rösrath AöR
Witte, Rainer	StadtWerke Rösrath AöR
Roßmann, Marcel	Sachbearbeiter

Gäste:

Dr. Becke, Sigurd	Zu TOP 16
Prof. Dr. Wörzberger, Ralf	Zu TOP 19

Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil:
Dr. Rausch, Thomas Vertreter der Zeitungsgruppe Köln

Entschuldigt fehlten:

Albert-von der Ohe, Frank D.	Ratsmitglied
Feller, Jörg	Ratsmitglied
Glaap, Melanie	Ratsmitglied
Mohr, Stephan	Ratsmitglied
Scheuermeyer, Robert	Ratsmitglied
von der Ohe, Alexandra	Ratsmitglied
Vennedey, Jörg	Ratsmitglied
Wasser, Birgitta	Ratsmitglied

Tagesordnung

TOP	Öffentlicher Teil	Nummer
1.	Einführung und Verpflichtung von Ratsmitgliedern	B36/2023
2.	Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 25.09.2023	
2.1	Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse	
3.	Einwohnerfragen	
4.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
5.	Berichte aus den Gremien	
6.	Bericht aus der Fluglärmkommission	
6.1	Änderung der Seniorenbeiratsordnung	561/2023
7.	Bestellung einer Beigeordneten zur allgemeinen Vertreterin der Bürgermeisterin	B15/2023
8.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, hier: Übertragung der Gesellschafteranteile der Bergischen Wertstoff-Sammel-GmbH (BWS) auf den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV)	B33/2023
8.1	Beitritt zur ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG	B37/2023
9.	Bebauungsplan Sülzufer BPl 129	B23/2023
10.	Bebauungsplan Altvolberger Obstwiese BPl 131	B22/2023
11.	Bebauungsplan Bitze BPl 114	B24/2023
11.1	Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete	B29/2023
12.	Überplanmäßige Aufwendungen FB 2 für das Jahr 2022	B20/2023
13.	Übernahme der Kosten (hier Trägeranteil Verwaltungs- und Mietkosten) beim Betrieb von Kindertageseinrichtungen in Rösrath zum 01.01.2024	B5/2023
14.	Rücknahme/Aufhebung des gefassten Beschlusses aus der letzten Sitzung zur Satzung Kindertagespflege	B4/2023
15.	Änderung der Seniorenbeiratsordnung	561/2023
16.	Neuwahl des Partnerschaftsbeauftragten gem. Partnerschaftsordnung der Stadt Rösrath	B8/2023
17.	Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude	507/2023-1
18.	Fraktionsantrag der FDP-Fraktion, hier: Bedarf Kita-, Schul- und OGS-Plätze	B35/2023
19.	Beantwortung von Anfragen	
20.	Mitteilungen der Bürgermeisterin	

Sitzungsverlauf

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Bürgermeisterin Bondina Schulze fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ratsmitglieder anwesend ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Tagesordnung einstimmig erweitert und vor TOP 9 der TOP 8.1 „Beitritt zur ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG“, Drucks.-Nr. B37/2023 eingefügt.

Weiterhin wird der TOP 25 „Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete“, Drucks.-Nr. B29/2023, einstimmig aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil als TOP 11.1 eingefügt.

Der zweite Tagesordnungspunkt 2 wird einstimmig in TOP 2.1 geändert. Der TOP 15 „Änderung der Seniorenbeiratsordnung“ wird vorgezogen und unter TOP 6.1 beraten.

Die Tagesordnungspunkte 17 „Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude“, Drucks.-Nr. 507/2023-1 und 10 „BPlan Altvolberger Obstwiese“, Drucks.-Nr. B22/2023 werden von der Tagesordnung einstimmig abgesetzt.

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung von Ratsmitgliedern B36/2023

Die Ratsmitglieder Wolf-Dieter Thorwart (als Nachfolger für das ausgeschiedene Ratsmitglied Dr. Judith Dorff) für die CDU-Fraktion, Giselher Dick (als Nachfolger für das ausgeschiedene Ratsmitglied Mitch Lambrecht) für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath und Daniel Jaeckel (als Nachfolger für das ausgeschiedene Ratsmitglied Cordula Dick) für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath werden gemäß § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in feierlicher Form eingeführt.

Durch Nachsprechen der nachfolgenden Verpflichtungsformel wurden sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Stadt Rösrath gewissenhaft erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“

Die Verpflichtungsformel konnte auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Die Verpflichtung wird mit Handschlag der Bürgermeisterin bekräftigt. Über die Verpflichtung wird eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

2. Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 25.09.2023

Der Stadtrat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

2.1 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse

TOP 7 Grundsätzliche Genehmigung zur Inanspruchnahme einer Arbeitnehmerüberlassung im Bereich der Kindertagesstätten, Drucks.-Nr. 540/2023

Es wurde beschlussgemäß verfahren. Derzeit werden zwei Fachkräfte über eine Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt.

TOP 8 Stellenplan 2023 2. Nachtrag, Drucks.-Nr. 460/2023-2

Der Nachtrag ist der Kommunalaufsicht zur Genehmigung übersandt worden. Die Genehmigung ist erteilt.

TOP 9 Vorbereitung der Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle, Drucks.-Nr. 535/2023

Das Vergabeverfahren ist abgeschlossen und die letzten Absprachen mit dem beauftragten Personaldienstleister sind abgeschlossen. Eine Ausschreibung erfolgt in Kürze.

TOP 10 Geplanter wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen von der Straße „Alte Kölner Straße“ einschließlich der Kreuzung der Straße „Im Weißenbroich“
- Anregungen der Anlieger -, Drucks.-Nr. 524/2023

Es wird beschlussgemäß verfahren. Der Straßenbau erfolgt voraussichtlich ab der zweiten Jahreshälfte 2024.

TOP 11 Wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen gemäß § 8 Kommunales Abgabengesetz NRW
- Bauprogramm -, Drucks.-Nr. 523/2023

Es wird beschlussgemäß verfahren.

TOP 12 Auflösung des Berufsschulverbandes (BSV) und Übernahme der Trägerschaft für die Berufskollegs am Standort Bergisch Gladbach durch den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK), Drucks.-Nr. 526/2023

Die Auflösung des Verbandes sowie die Übernahme der Trägerschaft wird durch den Rheinisch-Bergischen-Kreis zum 31.12.2023 in die Wege geleitet.

TOP 14 Jahresabschluss 2021 - Zuleitung des Entwurfs gem. § 95 Abs. 5 GO NRW, Drucks.-Nr. 550/2023

Der Jahresabschluss wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet und dort am 29.11.2023 beraten.

TOP 14.1 Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts, Drucks.-Nr. 554/2023

Weitere Schritte sind nicht notwendig. Im neuen Jahr wird zu dem genannten Beschluss für das Jahr 2022 analog verfahren.

TOP 15 Absturzsicherung Attika Schulhoffläche Gebäudeteil G4, Drucks.-Nr. 544/2023

Es wurde gemäß Beschluss verfahren. Das Architekturbüro hat den Auftrag erhalten eine Ausführungsplanung der Variante B zu erstellen. Ein Vorentwurf liegt bereits vor und wurde seitens der Verwaltung freigegeben. Sobald die Ausführungsplanung vorliegt wird die Ausschreibung durchgeführt.

TOP 16 Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in der Tagespflege, Drucks.-Nr. 552/2023

Der Beschluss soll in der heutigen Sitzung auf Grund formaler Fehler aufgehoben werden.

TOP 16.1 Antrag auf Kostenbeteiligung an dem Neubau der Kindertagesstätte in Forsbach durch die Katholische Kirchengemeinde St. Nikolaus, Drucks.-Nr. 553/2023

Gemäß Beschluss wurde verfahren. Das Projekt befindet sich in Bearbeitung.

TOP 18 Konzeption einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie in Zusammenarbeit mit der LAG 21, Drucks.-Nr. 536/2023

Gemäß Beschluss wurde verfahren.

TOP 19 Nachhaltige Beschaffung - Rösrath wird „Fairtrade Stadt“, Drucks.-Nr. 538/2023

Gemäß Beschluss wurde verfahren.

TOP 22 Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark
Hier: Flächen für Jugendliche, Drucks.-Nr. 549/2023

Dieser TOP wurde in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung vertagt. Die Verwaltung wurde mit der Prüfung beauftragt, inwieweit die bereits getroffenen Beschlüsse (Skatepark, Kinderspielplatz, Schulhöfe, Sportstättenentwicklungsplanung) um den Bereich Jugend-Freizeitflächen ergänzt werden können.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

3. Einwohnerfragen

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

In der letzten Sitzung wurde auf Vorschlag der CDU-Fraktion anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff nachgerücktes Ratsmitglied Wolf-Dieter Thorwart als Mitglied in den Schulbauausschuss gewählt. Diese Wahl ist nichtig, da aus dem

Schulbauausschuss niemand abberufen wurde. Es folgte entsprechend keine Umbesetzung.

Ratsmitglied Christoph Jahn wurde in der letzten Sitzung als Nachfolger für das ausgeschiedene Ratsmitglied Dr. Dorff in den Verwaltungsrat der StadtWerke Rösrath AöR gewählt. Dort war er bisher Stellvertreter für Frau Wasser. Die Stellvertreter-Funktion ist daher neu zu besetzen.

Auf Vorschlag der **CDU-Fraktion** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:
Anstelle des als Mitglied gewählten Ratsmitglieds Christoph Jahn wird Ratsmitglied Achim Müller als persönlicher Stellvertreter von Ratsmitglied Birgitta Wasser in den Verwaltungsrat der StadtWerke Rösrath AöR gewählt.

Ratsmitglied Wolfgang Büscher wurde in der letzten Sitzung als Nachfolger für das ausgeschiedene Ratsmitglied Dr. Dorff in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Dort war er bisher Stellvertreter für Ratsmitglied Heike Kuhnen. Die Stellvertreter-Funktion ist daher neu zu besetzen.

Auf Vorschlag der **CDU-Fraktion** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderungen geeinigt:

Beschlussvorschlag:
Anstelle des nun als Mitglied gewählten Ratsmitglieds Wolfgang Büscher wird sachkundige Bürgerin Aneta Markgräfe als persönliche Stellvertreterin von Ratsmitglied Heike Kuhnen in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Weiterhin wird unter Abberufung des Ratsmitglieds Dr. Daniel Schiffbauer Ratsmitglied Wolf-Dieter Thorwart in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt. Das Einverständnis von Ratsmitglied Dr. Daniel Schiffbauer liegt vor.

Der sachkundige Bürger Thomas Franzen wird nicht mehr als Mitglied der **Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN** geführt und nimmt daher seine bisherige und ausschließliche Stellvertreter-Funktion nicht mehr wahr.

Auf Vorschlag der **Fraktion BÜNDNIS90/GRÜNE** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:
Anstelle des Ratsmitglieds Sybille Scharkus wird Ratsmitglied Ronald Labitzke als Mitglied in den Verwaltungsrat der StadtWerke Rösrath AöR gewählt. Ratsmitglied Sybille Scharkus verbleibt als persönliche Stellvertreterin von Ratsmitglied Ronald Labitzke in diesem Gremium. Das Einverständnis von Ratsmitglied Sybille Scharkus liegt vor.

Beschlussvorschlag:
Die sachkundige Bürgerin Dr. Ingrid Misterek-Plagge wird im Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt in der Vertreterreihenfolge an erste Stelle nach den übrigen Ratsmitgliedern der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in alphabetischer Reihenfolge gewählt.

Die Ratsmitglieder Cordula Dick und Mitch Lambrecht haben ihr Ratsmandat zum 05.12.2023 niedergelegt. Beide wurden zukünftig als sachkundige Bürger/in benannt. Auf Vorschlag der **Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V.** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderungen geeinigt:

Beschlussvorschlag:
Anstelle der ausgeschiedenen Ratsmitglieder Cordula Dick und Mitch Lambrecht wird Ratsmitglied Daniel Jaeckel als Mitglied und Ratsmitglied Giselher Dick an die erste Stelle der Vertreterreihenfolge in die folgenden Ausschüsse gewählt:

- Schulbauausschuss
- Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung
- Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt
- Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
- Rechnungsprüfungsausschuss

Weiterhin wird Ratsmitglied Daniel Jaeckel als Mitglied in den Wahlausschuss und Ratsmitglied Giselher Dick als sein persönlicher Stellvertreter gewählt.

Anstelle der ausgeschiedenen Ratsmitglieder Cordula Dick und Mitch Lambrecht wird Ratsmitglied Giselher Dick als Mitglied und Ratsmitglied Daniel Jaeckel an die erste Stelle der Vertreterreihenfolge in folgende Ausschüsse gewählt:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Zukunftsausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr
- Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe

Zudem wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Cordula Dick Ratsmitglied Daniel Jaeckel als Vertreter in die Verbandsversammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes Overath / Rösrath gewählt.

Weiterhin verbleibt das ausgeschiedene Ratsmitglied Cordula Dick nunmehr als sachkundige Bürgerin als beratendes Mitglied gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rösrath im Jugendhilfeausschuss.

Der ehemalige sachkundige Bürger Giselher Dick nimmt seine Funktion als persönlicher Stellvertreter von Ratsmitglied Alexandra von der Ohe der Fraktion DIE.LINKE im Verwaltungsrat der StadtWerke Rösrath AöR nunmehr als Ratsmitglied wahr.

In den folgenden Ausschüssen

- Zukunftsausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr
- Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe
- Schulbauausschuss
- Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung
- Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt
- Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
- Rechnungsprüfungsausschuss

wird sachkundige Bürgerin Cordula Dick an die erste Stelle in der Vertreterreihenfolge nach dem jeweiligen Ratsmitglied und sachkundiger Bürger Mitch Lambrecht an die darauffolgende Stelle in der Vertreterreihenfolge gewählt.

Im Wahlprüfungsausschuss nimmt der ehemalige sachkundige Bürger Daniel Jaeckel seine Funktion als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 GO NRW nunmehr als Ratsmitglied wahr. Weiterhin wird unter Abberufung des bisherigen persönlichen Stellvertreters, sachkundiger Bürger Reinhold Stegmayer, der sachkundige Bürger Bernd Heinermann als persönlicher Stellvertreter von Ratsmitglied Daniel Jaeckel gewählt. Das Einverständnis von sachkundigem Bürger Reinhold Stegmayer liegt vor.

Sachkundige Bürgerin Ada Mayer-Groteklaes ist außerhalb des Stadtgebiets verzogen und damit als sachkundige Bürgerin ausgeschieden.

Auf Vorschlag der **Fraktion DIE.LINKE** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:
Anstelle der sachkundigen Bürgerin Ada Mayer-Groteklaes wird Ratsmitglied Alexandra von der Ohe für die Fraktion DIE.LINKE als
- Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung
- Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
- persönliche Stellvertreterin von Frau Gabriele Reicherts in die Gesellschafterversammlung der Schloss Eulenbroich GmbH

gewählt.

Beschlussvorschlag:
Anstelle der sachkundigen Bürgerin Ada Mayer-Groteklaes wird Ratsmitglied Frank Albert-von der Ohe für die Fraktion DIE.LINKE als persönlicher Stellvertreter von Alexandra von der Ohe als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 GO NRW in den Wahlprüfungsausschuss gewählt.

Die Bürgermeisterin hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

5. Berichte aus den Gremien

Es liegen keine Berichte vor.

6. Bericht aus der Fluglärmkommission

Ratsmitglied Friedo Weiß berichtet, dass die Fluglärmkommission am 24.10.2023 stattgefunden hat. Ein Kurzbericht ist der Niederschrift als Anlage I beigefügt.
Die Kommission tagt erneut am 19.03.2024.

6.1 Änderung der Seniorenbeiratsordnung 561/2023

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath beschließt die 1. Änderung der Seniorenbeiratsordnung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

7. Bestellung einer Beigeordneten zur allgemeinen Vertreterin der Bürgermeisterin **B15/2023**

Die Bürgermeisterin erläutert, dass die Vorlage ersetzt wurde, da die rechtliche Grundlage in der alten Version der Vorlage nicht enthalten war.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath bestellt die technische Beigeordnete, Frau Bianca Lorenz, gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW zur allgemeinen Vertreterin der Bürgermeisterin.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

8. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, hier: Übertragung der Gesellschafteranteile der Bergischen Wertstoff-Sammel-GmbH (BWS) auf den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) **B33/2023**

Ratsmitglied Leonard Nielen kritisiert die Vorgehensweise und Nutzung des Instruments der Dringlichkeitsentscheidung, da die Vorgaben der Gemeindeordnung nicht eingehalten wurden und keine erheblichen Nachteile oder Gefahren bestanden hätten.

Hierauf erläutert der Vorstand der StadtWerke Rösrath AöR Christoph Schmidt, dass bezüglich der Dringlichkeitsentscheidung keine Gefahr im Verzug bestanden hätte, jedoch der Notartermin bereits terminiert war und die Bezirksregierung Köln lediglich zwei Tage vorher mitteilte, dass eine Bestätigung des Rates einzuholen ist. Um den Notartermin nicht zu gefährden, wurde die Dringlichkeitsentscheidung herbeigeführt. Die weiteren betroffenen Kommunen sind analog vorgegangen.

Beschluss:
Die Dringlichkeitsentscheidung der Bürgermeisterin Bondina Schulze und des Ratsmitglieds Dr. Markus Plagge vom 27.11.2023 mit dem aus der Anlage ersichtlichen Inhalt wird gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) genehmigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)

8.1 Beitritt zur ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG **B37/2023**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath beschließt vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht

1. Die Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungs-genossenschaft eG in der Form des Erwerbes eines Genossenschaftsanteils i.H.v. 1.000 EUR sowie der jährlichen Kosten von derzeit 160 EUR zu.

2. Bürgermeisterin Frau Bondina Schulze als stimmberechtigte Vertreterin in die Generalversammlung der ITEBO eG zu entsenden. Im Falle der Vertretung wird beschlossen, den Leiter des Fachbereiches 1, Herrn Christoph Pokolm, zu entsenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

9. Bebauungsplan Sülzufer BPl 129 B23/2023

Ratsmitglied Daniel Jaeckel verliest eine Stellungnahme der Fraktion Wählergemeinschaft Zusammen Leben Rösrath. Diese wird der Niederschrift als Anlage II beigefügt.

Es wird verwaltungsseitig klargestellt, dass eine Veränderungssperre zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Instrument zur Überbrückung eines Zeitraums genutzt werden kann, um die Aktualisierung des Überschwemmungsgebiets abzuwarten. Zudem ist mit dem Bebauungsplan eine Regelung zur hochwasserangepassten Bebauung abgegolten.

Nach einer kontroversen Diskussion wird auf die erfolgten, ausführlichen Diskussionen in der vergangenen Sitzung des Stadtentwicklungs-, Planungs- und Verkehrsausschusses und den dort gefassten Beschluss verwiesen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath beschließt unter Abwägung der während der Offenlagen vorgebrachten Stellungnahmen den Bebauungsplan Nr. 129 „Sülzufer West - Hoffnungsthal“ mit Umweltbericht, textlichen Festsetzungen und Begründung (nach Maßgabe der Fachausschüsse) gem. § 10 BauGB i.V.m. § 7 GO NW (in der jeweils gültigen Fassung) als Satzung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 2 Gegenstimme(en), 9 Enthaltung(en)

10. Bebauungsplan Altvolberger Obstwiese BPl 131 B22/2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:
Es wurde kein Beschluss gefasst.

Beratungsergebnis: Abgesetzt

11. Bebauungsplan Bitze BPl 114 B24/2023

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath beschließt gem. § 214 (4) BauGB ein ergänzendes Verfahren für den Bebauungsplan Nr. 114 „Rösrath Mitte – Bitze“.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

11.1 Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete B29/2023

Technische Beigeordnete Bianca Lorenz stellt die Varianten der Planung zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete vor und erläutert die fehlenden Grundstücksalternativen. Die gesetzliche Grundlage sieht zurzeit einen Ausnahmetatbestand für eine Bebauung im Außenbereich für maximal sechs Jahre vor.

Es wird eine Tischvorlage mit Informationen zur Belegung der bestehenden Unterkünfte auf Grundlage einer Anfrage von Ratsmitglied Christoph Jahn ausgehändigt. Sowohl diese als auch die Präsentation sind dem Anhang als Anlagen III und IV beigefügt.

Die vorgestellten Varianten werden kontrovers und ausführlich u.a. in Bezug auf die Art der Unterbringung, die Kosten und die weitere Betreuung der Geflüchteten diskutiert.

Die Sitzung wird von 20.48 Uhr bis 21.03 Uhr unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur internen Beratung zu geben.

Im Anschluss wird sich dafür ausgesprochen, eine zügig verfügbare Lösung in Form von Variante 1A (Containerbauweise für rund 72 Personen) zu beschließen. Mögliche Erweiterungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt im zuständigen Stadtentwicklungs-, Planungs- und Verkehrsausschuss beraten werden.

Beschluss:
Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, für das kommunale Grundstück Brander Straße (direkt hinter der Autobahnunterführung), Gem. Rösrath, Flur 2, Nr. 1318 die Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete voranzutreiben und beschließt die Errichtung einer Containeranlage gemäß Variante 1A. Erweiterungen werden dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 1 Gegenstimme(n), 8 Enthaltung(en)

12. Überplanmäßige Aufwendungen FB 2 für das Jahr 2022 B20/2023

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

13. Übernahme der Kosten (hier Trägeranteil Verwaltungs- und Mietkosten) beim Betrieb von Kindertageseinrichtungen in Rösrath zum 01.01.2024 B5/2023

Die Bürgermeisterin Bondina Schulze teilt mit, dass die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses für den Stadtrat zugesagte Kostenübersicht nicht vorgelegt werden kann, da noch einige Rückmeldungen der Träger ausstehen und so keine belastbaren Zahlen vorgelegt werden konnten.

Nach kurzer Diskussion wird die Vertagung des Tagesordnungspunkts in die nächste Stadtratssitzung am 15. Januar 2024 beantragt.

Beschluss:
Vertagt

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 5 Gegenstimme(n), 8 Enthaltung(en)

14. Rücknahme/Aufhebung des gefassten Beschlusses aus der letzten Sitzung zur Satzung Kindertagespflege B4/2023

Beschluss:
Der Rat der Stadt Rösrath beschließt den Beschluss über die Aufhebung und damit Rücknahme der in der letzten Sitzung beschlossenen Änderung der Satzung für Kinder in Kindertagespflege der Stadt Rösrath.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

15. Änderung der Seniorenbeiratsordnung 561/2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 6.1 beraten.

16. Neuwahl des Partnerschaftsbeauftragten gem. Partnerschaftsordnung der Stadt Rösrath B8/2023

Herr Dr. Becke stellt sich dem Stadtrat vor und berichtet über seine Motivation, sich als Partnerschaftsbeauftragter zu engagieren.

Beschluss:
Der Rat wählt Herrn Dr. Sigurd Becke als neuen Partnerschaftsbeauftragten für die Stadt Rösrath.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

17. Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude 507/2023-1

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:
Es wurde kein Beschluss gefasst.

Beratungsergebnis: Abgesetzt

18. Fraktionsantrag der FDP-Fraktion, hier: Bedarf Kita-, Schul- und OGS-Plätze B35/2023

Ratsmitglied Erik Pregler erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Die Verwaltung teilt mit, dass einige Themen bereits beauftragt und Lösungsansätze vorhanden sind, sich jedoch einige Szenarien wieder verändert haben und aus diesem Grund die bereits durchgeführten Schritte überprüft werden müssen.

Beschluss:
Der Rat verweist den Antrag in die zuständigen Fachausschüsse.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

19. Beantwortung von Anfragen

Ratsmitglied Marc Schönberger verliest eine Anfrage zur Thematik des geplanten Brückenneubaus der Bundesautobahn 4 in Untereschbach. Diesbezüglich wird die Sitzung von 21.53 Uhr bis 21.55 Uhr unterbrochen, um Bauingenieur Prof. Dr. Ralf Wörzberger Gelegenheit zur Stellungnahme zu seiner alternativen Idee zum Brückenneubau zu geben.

Die Verwaltung sagt zu, den Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Wörzberger bei der zuständigen Behörde einzureichen.

20. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bondina Schulze teilt mit, dass die Verschiebung der Einbringung des Haushalts entschieden wurde, da am 13. Dezember 2023 noch interne Beratungen durchgeführt werden. Die Einbringung soll nun am 15. Januar 2024 in einer Sonder-Ratssitzung erfolgen.

Weiterhin teilt sie mit, dass die Neufassung der Entschädigungsverordnung zum 01.01.2024 in Kraft tritt und u.a. eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung mit sich bringt. Die Ratsmitglieder erhalten die neue Fassung per E-Mail.

Bürgermeisterin Bondina Schulze weist daraufhin, dass bei Verhinderung die Nichtteilnahme an Sitzungen gemäß § 5 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rösrath unverzüglich, spätestens bis zum Beginn der Sitzung, der Bürgermeisterin mitzuteilen ist. Zudem bittet sie darum, die vorhandenen Ratspostfächer zu leeren. Diesbezüglich wird darum gebeten, die unentschuldigte Teilnahme in der Niederschrift festzuhalten.

Bezugnehmend auf die Anfrage des Ratsmitglied Gerhard Kupich zum Sachstand zur KOT aus der letzten Sitzung teilt die Bürgermeisterin Bondina Schulze mit, dass Ausschussvorsitzende Veronika Rilke-Haerst auf Grund ihrer Tätigkeit zur Verschwiegenheit verpflichtet ist und daher den Ausschuss zu diesem Zeitpunkt nicht informieren konnte.

Ende der öffentlichen Sitzung: 22:15 Uhr

Rösrath, 28.12.2023

Der öffentliche Teil der Niederschrift stimmt mit dem Original überein.

gez. Vorsitz / gez. Schriftführung

Bericht aus der FLK für den Rat in Rösrath 11.12.2023

Die letzte Fluglärmkommission fand statt am 24. Oktober 2023.

1. Vorstandswahl

Claudia Wieja wurde als Vorsitzende wiedergewählt.
Helmut Breidenbach wurde als 1. Stellvertreter wiedergewählt
Dirk Kürten wurde als 2. Stellvertreter gewählt.
Alle Wahlen waren einstimmig.

2. Flugbewegungen 2023 (Monate 1-8/2023)

Der Tagflugverkehr hat um 4,5% abgenommen,
der Nachtflugverkehr hat um 2,5% abgenommen.

In 2022 war der Passagiernachtflug zu ca. 36% am Nachtflug beteiligt, die Fracht hatte einen Nachtfluganteil von 64,1%

in 2023 hat der Passageanteil um 2,27% und der Frachtanteil um 2,75% abgenommen.

Allerdings läßt sich trotz rückläufiger Nachtflugbewegungen eine Steigerung der Passage und der Fracht in der Kernzeit der Nacht beobachten.
Das lässt an der Wirksamkeit der bestehenden Entgeltordnung entstehen.

3. PBN-Verfahren

Die Unterlagen zum PBN-Verfahren sind eingereicht und das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung(BAF) wird Ende Dezember 2023 die Genehmigung erteilen.
Startzeitpunkt wird der 18. April 2024.

4. Mediation

Der Flughafen hat bislang keinen Antrag auf eine Verlängerung der bestehenden Nachtflugregelung bis 2030 gestellt.

5. Lärmkartierung 2022

Seit 2022 werden alle Lärmkarten in der EU nach neuen einheitlichen Berechnungsverfahren erstellt.
Die Ergebnisse zwischen den Mitgliedsstaaten sollen vergleichbar sein.
Die neuen Lärmkarten sind mit den Lärmkarten aus 2017 nur noch bedingt kompatibel.

Es werden u.a. deutlich mehr lärmbelastete Personen ausgewiesen – obwohl sich die Lärmsituation zwischenzeitlich nicht wesentlich geändert hat oder z. B. Lärmschutzmaßnahmen ergriffen wurden.

6. Termin der 125. FLK

Dienstag 19. März 2024 10.00

Tagesordnungspunkt - Bebauungsplan 129 Sülzufer West – Sitzung des Stadtrates Rösrath am 11.12.2023

Redemanuskript der Fraktion Zusammen Leben Rösrath

Wir lehnen heute diese BPlan-Vorlage ab. Denn hier würde die Stadt ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, Einwohnerinnen und Einwohner angemessen vor Hochwasser zu schützen.

Zur Begründung:
Das Hochwasser 2021 hatte uns allen deutlich gemacht, dass der bestehende Schutz nicht ausreichend war, dass die Hochwasserlinie in den Hochwassergefahrenkarten nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht: Durch den Klimawandel haben sich die Niederschläge verändert.

Dies wird auch in den Stellungnahmen der Fachbehörden zum vorliegenden Bebauungsplan deutlich, beispielsweise vom Rhein-Sieg Kreis, dem Aggerverband, insbesondere aber auch dem Rheinisch-Bergischen Kreis: - Ich zitiere -

- *Nach meiner Auffassung sollte man innerhalb des von Ihnen dargestellten faktischen Überschwemmungsgebietes keine weitere Bebauung ermöglichen. Alternativ könnte im vorliegenden B-Plan eine hochwasserangepasste Bauweise deutlich festgesetzt werden.*
- *Es ist absehbar, dass das Schadensrisiko für Ihren B-Plan im Falle eines Extremhochwassers erhöht wird. Nach meiner Auffassung widerspricht dies allgemeinen wasserwirtschaftlichen und planungsrechtlichen Grundsätzen, insbesondere nach den Erfahrungen aus dem Sommer 2021.*

- *Der Rhein-Sieg Kreis hält den BPlan „vor dem Hintergrund der HWereignisse im Juli 2021 auch im Hinblick auf §78b WHG in Verbindung mit der Abwägung gem. §1 (7) BauGB (Schutz von Leben und Gesundheit und Vermeidung erheblicher Sachschäden) nicht für vertretbar.*

Die Fachbehörden schreiben weiter:

- *Die Bez-reg arbeitet derzeit an einer Neuberechnung des Überschwemmungsgebiets der Sülz.*
- *Es ist anzunehmen, dass eine künftige Neuberechnung des Überschwemmungsgebiets vor dem Hintergrund veränderter Niederschläge eine deutlich größere Überflutungsfläche ausweisen wird.*

Wir hatten daher im SPV den Antrag gestellt, den Bauplan aufzuschieben, bis diese Aktualisierung der Hochwasserkarten vorliegt. Diesem Antrag wurde leider mehrheitlich nicht entsprochen.

Sie, Herr Herrmann, haben im Ausschuss gesagt: Sie wüssten nicht, bis wann eine Aktualisierung der Hochwasserkarten erfolgen würde, ein Automatismus der Überarbeitung sei Ihnen nicht bekannt. Mein Kollege Mitch Lambrecht hatte aber in der Sitzung auf den einschlägigen §74 des Wasserhaushaltsgesetzes verwiesen.

(Dort heißt es: *„Die Gefahrenkarten … sind bis zum 22. Dezember 2019 und danach alle sechs Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls zu aktualisieren.)*

Wir haben daher nochmal beim Umweltministerium in Düsseldorf nachgefragt. Ich darf Ihnen aus der Antwort zitieren: *„Sie liegen richtig in der Annahme, dass die HWGK/HWRK bis Dezember 2025 aktualisiert werden müssen. Die Bezirksregierungen sind bereits jetzt dabei, neben der Überprüfung der Hochwasserrisikobewertung, schrittweise die HWGK für einzelne Gewässer zu überarbeiten.“*

Weiter heißt es, *„An den Gewässern, die bei den letzten Hochwasserereignissen und vor allem beim Hochwasser 2021 besonders betroffen waren, wird diese Überprüfung vorrangig durchgeführt werden."*

In der uns von der Verwaltung vorgeschlagene Abwägungsvorlage zum BPlan Sülzufer West heißt hingegen: *„Über ggf. mögliche, zukünftige Neuberechnungen zu spekulieren entzieht sich jeglichen aktuell gegebenen Grundlagen."*

Darum heißt es in der der Abwägung ebenfalls vorliegenden anwaltlichen Stellungnahme: Der Bebauungsplan ist, ich zitiere, *„in der vorliegenden Fassung grob abwägungsfehlerhaft und würde einer Überprüfung durch das Oberverwaltungsgericht Münster mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht standhalten."*

Ein Wort noch zur Frage von Bauanträgen nach §34 des Baugesetzbuches. Hierzu hieß es im SPV letzte Woche, dass der Bauherr bei Ablehnung des BPlanes ein Baurecht hätte. Dem könnte man mit einer Veränderungssperre nach § 14 des Baugesetzbuches zuvorkommen. Dies wäre spätestens zu dem Zeitpunkt erforderlich gewesen als die massiven Einwände der Fachbehörden vorlagen. Aber auch heute noch könnten wir noch eine solche Sperre beschließen.

Vor dem Hintergrund unmissverständlicher Stellungnahmen der Fachbehörden sowie der Tatsache, dass schon aufgrund rechtlicher Vorschriften die Überarbeitung der Hochwassergefahrenkarten in absehbarer Zeit erfolgt, sind wir der Ansicht, dass dem Bebauungsplan in der vorliegenden Fassung nicht zugestimmt werden kann, nicht zugestimmt werden darf.

Tischvorlage zu Top 11.1 (neu)
Beantwortung einer Nachfrage Christoph Jahn (CDU) für die Ratssitzung am 11.12.2023

1. über welche unbebauten/anteilig bebauten Grundstücke die Stadt Rösrath aktuell im Eigentum verfügt und wie diese derzeit genutzt werden bzw. welche Nutzungsabsicht dazu ggf. bereits besteht. Dazu sind Angaben über Lage, Größe und Bebaubarkeit erforderlich. Diese Übersicht dürfte meines Wissens schon bestehen. Gleichzeitig dürfte diese Übersicht auch gefordert sein, um eine Maßnahme -wie hier vorgesehen- nach § 246 BauGB überhaupt genehmigungsfähig zu machen.

   Gesonderte Beantwortung.

2. An welchen Stellen im Stadtgebiet -unterteilt in die Stadtteile- sich bereits Unterkünfte für Geflüchtete/Unterkunftssuchende befinden bzw. derzeit in Planung sind, wie diese aktuell belegt sind und welche maximale Belegung dort vorgesehen ist. Auch diese Zahlen dürften der Stadtverwaltung vorliegen; eine Ausweisung nach Herkunft ist nicht erforderlich, sollte jedoch alle Personen beinhalten, für die die Stadt Rösrath verpflichtet ist, Unterkünfte bereit zu stellen.

Plätze nach Stadtteilen

	städtisch		angemietet		Hotel	insgesamt	
	Maximal-belegung	tatsächliche Belegung	Maximal-belegung	tatsächliche Belegung		Maximal-belegung	tatsächliche Belegung
Hoffnungsthal	45	43	121	123	13	179	179
Forsbach	75	75	60	58	0	135	133
Mitte	148	146	85	79	0	233	225
Rambrücken	10	10	13	19	0	23	29
Kleineichen	0	0	0	0	23	23	23
						593	589

	Maximal-belegung	in Planung	Wegfallend	Prognose	Einwohner	zu Einwohner
Hoffnungsthal	179	10	-13	176	7411	2,37%
Forsbach	135		-8	127	6129	2,07%
Mitte	233	194	-79	348	13778	2,53%
Rambrücken	23					
Kleineichen	23		-23	0	1840	0,00%
	593	204	-123	674	29158	2,31%

Pankau Jessica

Von:	Christoph Jahn <chr_jahn@hotmail.com>
Gesendet:	Mittwoch, 6. Dezember 2023 22:22
An:	Lorenz Bianca; Schulze Bondina; Bürgermeisterin
Cc:	Herrmann Christoph; Marc.Schoenberger@lvr.de
Betreff:	Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schulze, liebe Bondina,
sehr geehrte Frau Beigeordnete, liebe Frau Lorenz,

zuerst einmal möchte ich mich für Ihr Angebot in und nach der heutigen Sitzung des Fraktionsrates bedanken, dass Sie zu dem vorgesehenen TOP 11.1, Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete, der kommenden Ratssitzung weitergehende Information liefern möchten.

Nach Besprechung in der heutigen Fraktionssitzung der CDU bitte ich darum, dass schnellstmöglich, jedoch spätestens zur weiteren Beschlussfassung, allen Ratsmitgliedern folgende, schriftliche Übersichten zur Verfügung gestellt werden:

1. über welche unbebauten/anteilig bebauten Grundstücke die Stadt Rösrath aktuell im Eigentum verfügt und wie diese derzeit genutzt werden bzw. welche Nutzungsabsicht dazu ggf. bereits besteht. Dazu sind Angaben über Lage, Größe und Bebaubarkeit erforderlich. Diese Übersicht dürfte meines Wissens schon bestehen. Gleichzeitig dürfte diese Übersicht auch gefordert sein, um eine Maßnahme -wie hier vorgesehen- nach § 246 BauGB überhaupt genehmigungsfähig zu machen.

2. an welchen Stellen im Stadtgebiet -unterteilt in die Stadtteile- sich bereits Unterkünfte für Geflüchtete/Unterkunftssuchende befinden bzw. derzeit in Planung sind, wie diese aktuell belegt sind und welche maximale Belegung dort vorgesehen ist. Auch diese Zahlen dürften der Stadtverwaltung vorliegen; eine Ausweisung nach Herkunft ist nicht erforderlich, sollte jedoch alle Personen beinhalten, für die die Stadt Rösrath verpflichtet ist, Unterkünfte bereit zu stellen.

Hintergrund/Begründung:
Die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen stellen die Städte und Gemeinden vor außerordentliche Herausforderungen. Die Kommunen -so auch die Stadt Rösrath- stehen erneut vor der Frage, ob sie Turnhallen belegen, Traglufthallen/Zeltunterkünfte oder Container-/ Modulbauunterkünfte anmieten oder erwerben müssen, da die derzeitig geschaffenen bzw. angemieteten Unterkünfte nicht mehr ausreichen.

Es ist zwar nachvollziehbar, dass die Unterbringung in neu geschaffenen, größeren Unterkünften (aus Containern / in Modulbauweise) leichter planbar, ggf. kostengünstiger und auch schneller umsetzbar sein dürfte, jedoch darf dabei das bisherige Konzept der Stadt Rösrath, Flüchtlinge und Unterkunftssuchende möglichst in kleineren, dezentralen Unterkünften unterzubringen, nicht aufgegeben werden. Denn damit soll auch ausgeschlossen werden, dass ein Stadtteil und deren Anwohner bzw. auch die zur Verfügung stehende Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Ärzte etc.) überproportional in Anspruch genommen wird.

Die angeforderten Unterlagen sind m.E. als Entscheidungsgrundlage für alle Ratsmitglieder, auch in Bezug auf die Frage, wie groß eine ggf. neu geschaffene Unterkunft maximal sein darf, unerlässlich.

Es wird davon ausgegangen, dass die Daten aus dem Berichtswesen an übergeordnete Behörden bzw. zu Punkt 1. auch aufgrund der Steuererklärungen zur Grundsteuerreform sowieso bereits vorliegen dürften.

Ich bedanke mich bereits im Voraus und stehe Ihnen (tagsüber bei der Stadt Köln unter 0221 – 221 21752 bzw. Mobil unter 0151 - 18101971) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph Jahn
Stv. Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt Rösrath

stadt RÖSRATH

UNTERKUNFT FÜR ZUFLUCHTSUCHENDE

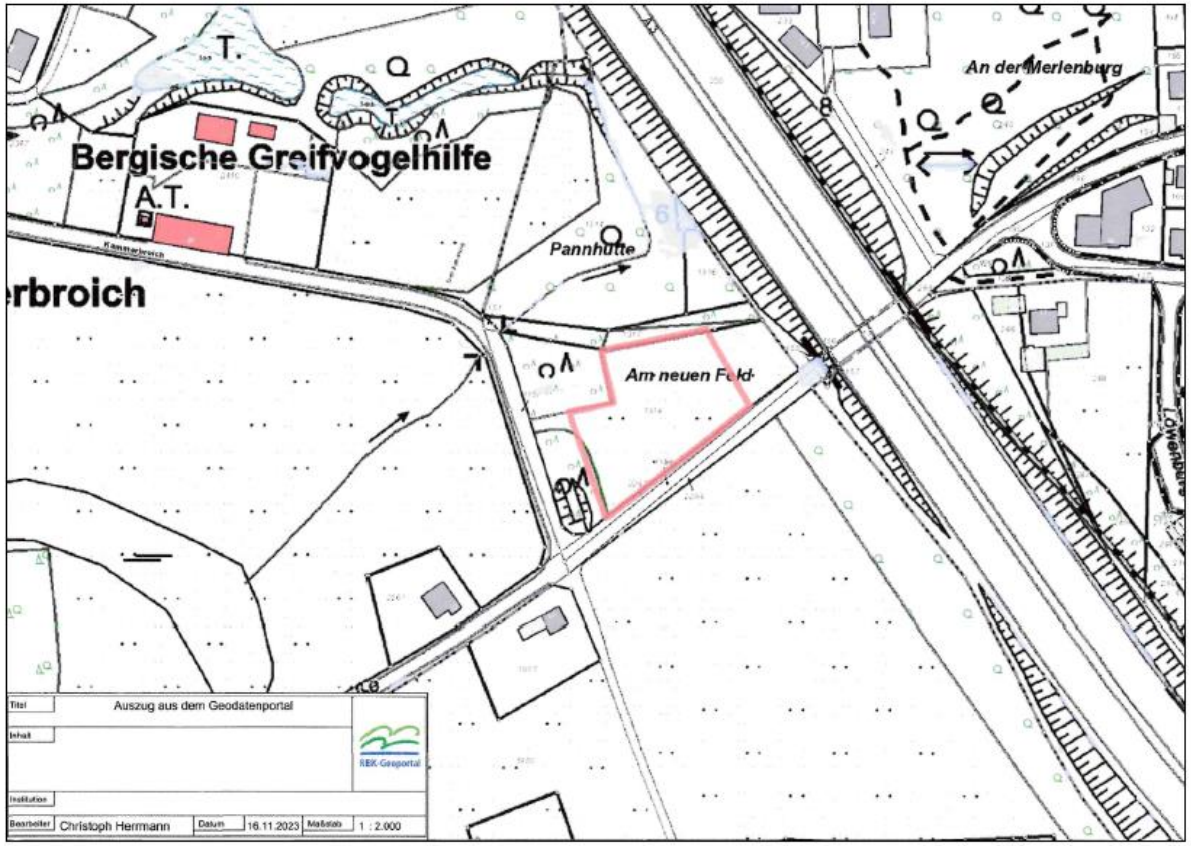
BRANDER STRAßE / A3
RÖSRATH

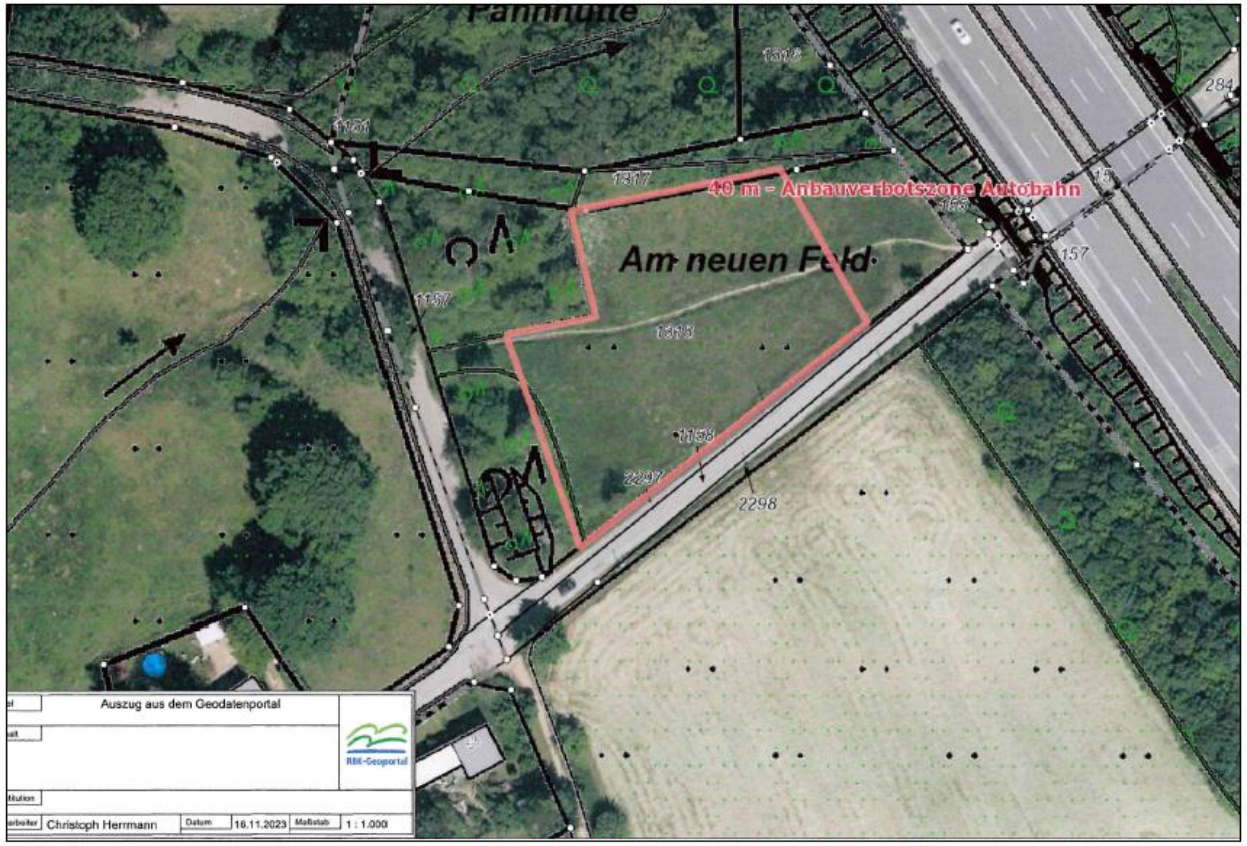
GRUNDSTÜCK

- Verfügbarkeit: im Eigentum der Stadt
- Baurechtlicher Außenbereich
- Baurecht nach §246 Abs. 13 BauGB
  - auf drei Jahre befristete Errichtung mobiler Unterkünfte
  - verlängerter um weitere drei Jahre jedoch längstens bis 31.12.2030
  - jedoch nur wenn an anderer Stelle im Gemeindegebiet keine Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden können.
- Emission von A3 (Schallschutz)

GRUNDSTÜCK

- Lage, Luftbild



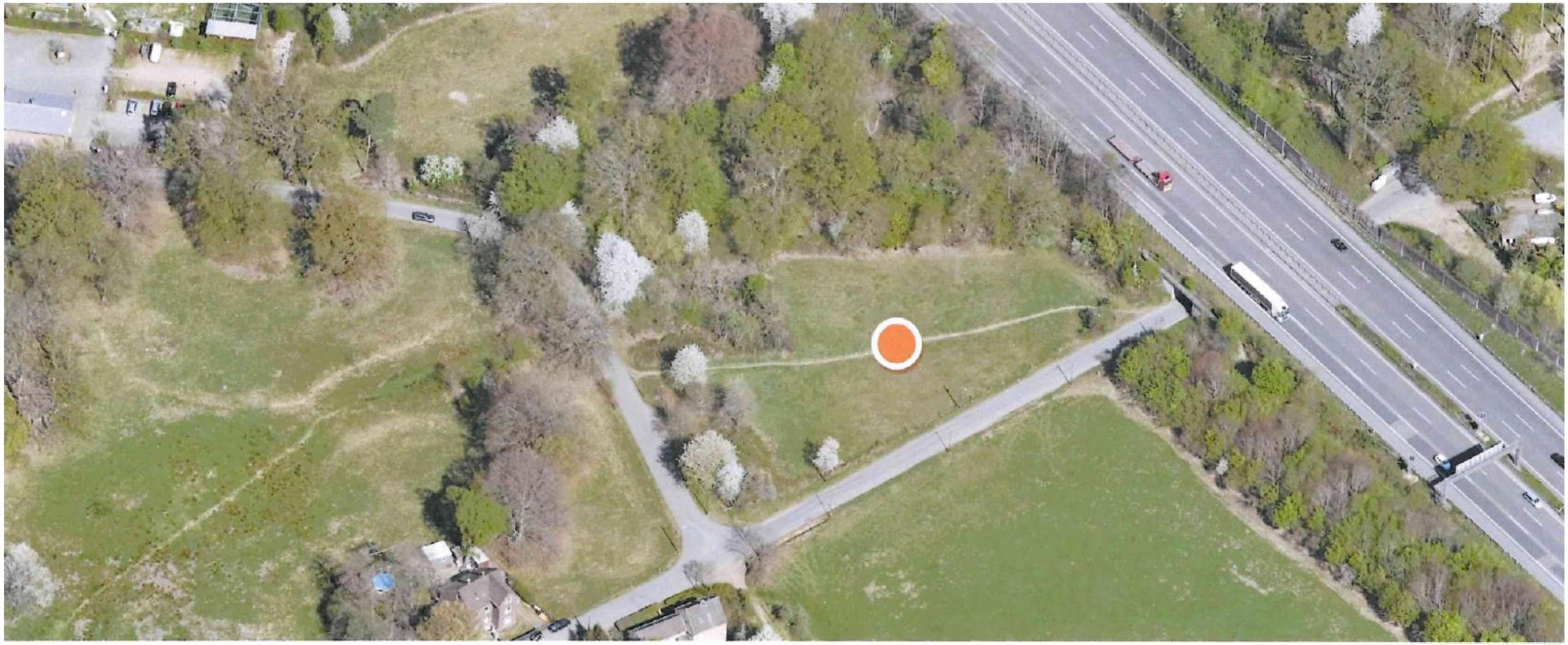


GRUNDSTÜCK

- Nutzung, Topographie

GRUNDSTÜCK

- Schrägbildviewer



stadt RÖSRATH

CONTAINER-LÖSUNG

BRANDER STRAßE / A3
RÖSRATH

BSP. EINGESCHOSSIGE UNTERKUNFT

- Innenraum

- Außen

VAR. 1 A: CONTAINER

- **1x „Wohncontaineranlage 2-geschossig" für rd. 72 Personen**
  - Größe: 39,18m x 14,65m x 5,6m; Lichte Raumhöhe 2,50m; Fläche rd. 1.147 m2 (BGF ges.)
- Bestehend aus:
  - 46 Stücke ProBasic Container
  - (davon 18 Zimmer / Etage -> 36 Zimmer -> bei Belegung mit je 2 Personen -> 72 Personen)
  - 6 Stück WC /Dusche, 12 Flurcontainer und 2 Flurcontainer
- Preis:
  - Kauf netto Summe **1.427.960,43€ (zzgl. MwSt)**
  - Miete netto 23.450.- € /Monat (zzgl. MwSt)

BSP. EG UND OG (REGELGRUNDRISS)

VAR. 1 B: CONTAINER

- **2 x „Wohncontaineranlage 2-geschossig" für rd. 144 Personen**
  - Größe: 39,18m x 14,65m x 5,6m; Lichte Raumhöhe 2,50m; Fläche rd. 2.294 m2 (BGF ges.)
- Bestehend aus:
  - 46 Stücke ProBasic Container
  - (davon 18 Zimmer / Etage -> 36 Zimmer -> bei Belegung mit je 2 Personen -> 72 Personen)
  - 6 Stück WC /Dusche, 12 Flurcontainer und 2 Flurcontainer
- Preis:
  - Kauf netto Summe 1.427.960,43€ (zzgl. MwSt) **überschlägig x 2 = rd. 2,8 Mio.€**

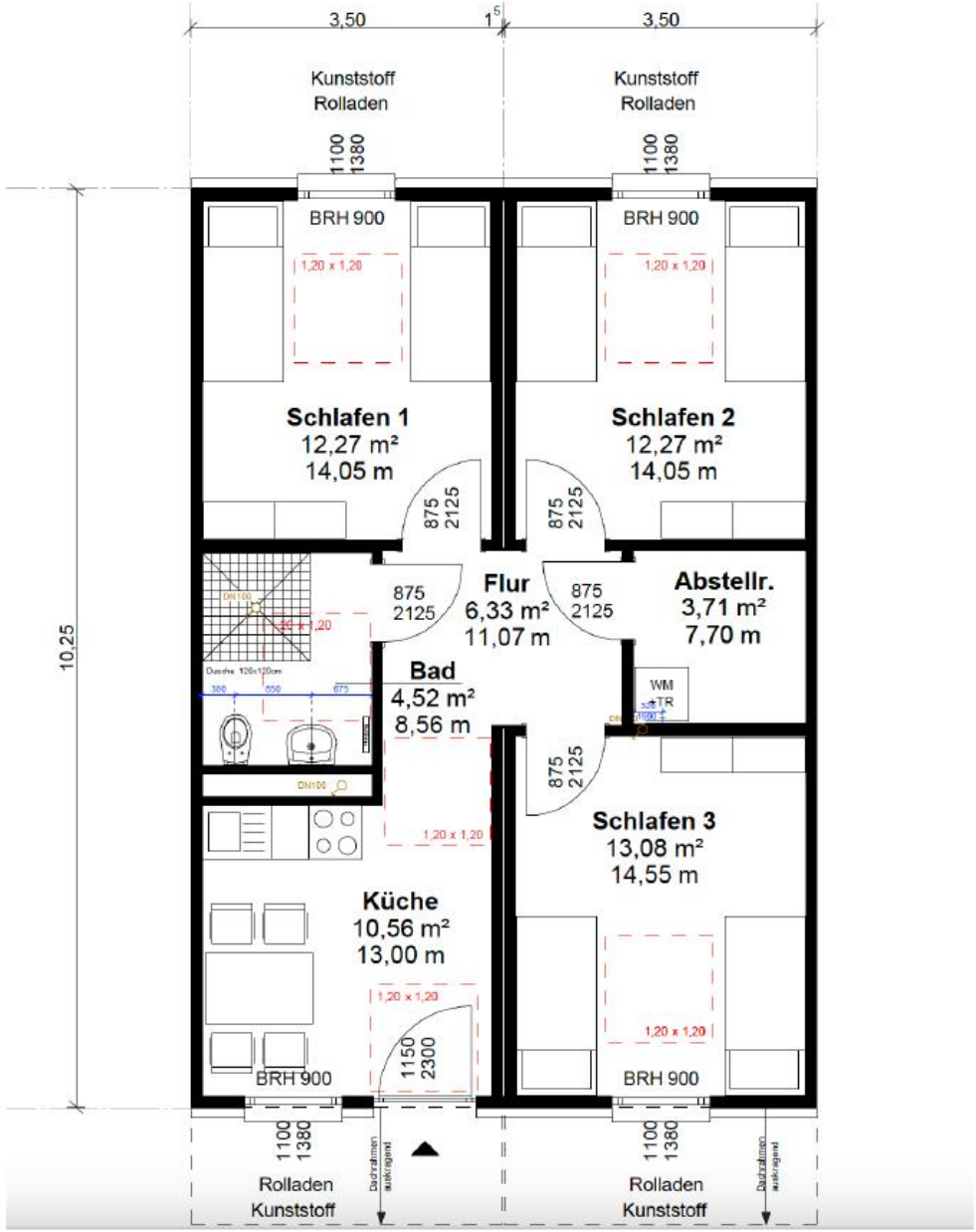
stadt RÖSRATH

MODUL-LÖSUNG

BRANDER STRAßE / A3
RÖSRATH

VAR. 2: MODULE

- Bsp. Köln



VAR. 2: MODULE

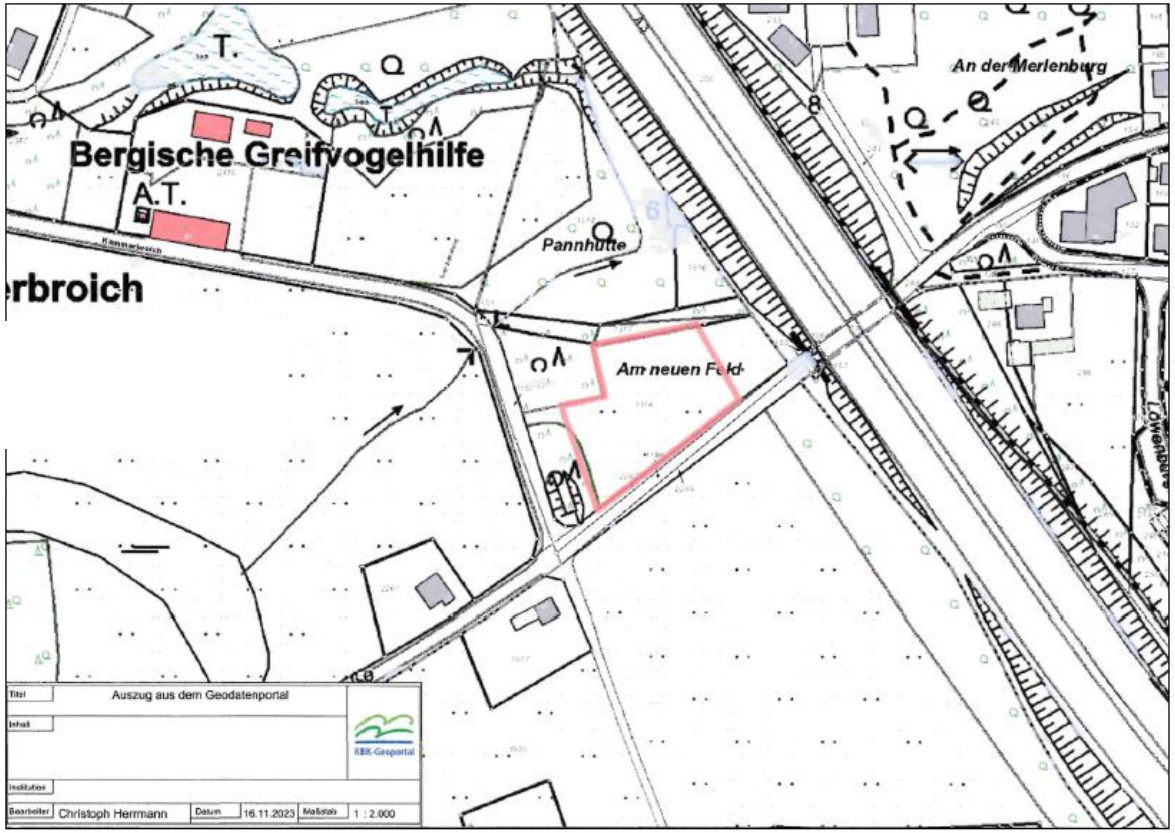
- VAR. 2A: **„Wohnanlage 2-geschossig“ für rd. 192 Personen**
  - Größe: 42,41 x 10,49m x rd. 6m; Lichte Raumhöhe 2,50m;
  - Fläche rd. 2. 380 m2 (BGF ges.)
- Preis:

  netto Summe **5.950.000€** (zzgl. MwSt)

- VAR. 2B: Alternativ für **„Wohnanlage 2-geschossig“ für rd. 130 Personen**
  - Kauf netto Summe **4.550.000€** (zzgl. MwSt)

VAR. 2: MODULE

- Lage, Bsp. Alho Module



VARIANTEN VERGLEICH

	1 A	1 B*	2 A	2B
Fläche (BGF)	1.147	2.294	2.380	ca.1.600
Personen	72	144	192	130
Baukörper	1	2	3	2
	Zimmer mit Gemeinschaftsküche und -sanitärräumen		Apartments mit eigener Küche und Sanitärräumen	
Preis in €	1.43 Mio.	2,80 Mio.	5.95 Mio.	4.55 Mio.
Preis/Pers.	*ca. 19.860*	ca. 19.444	*ca. 30.989*	*ca. 35.000*

** überschlägig ermittelt*

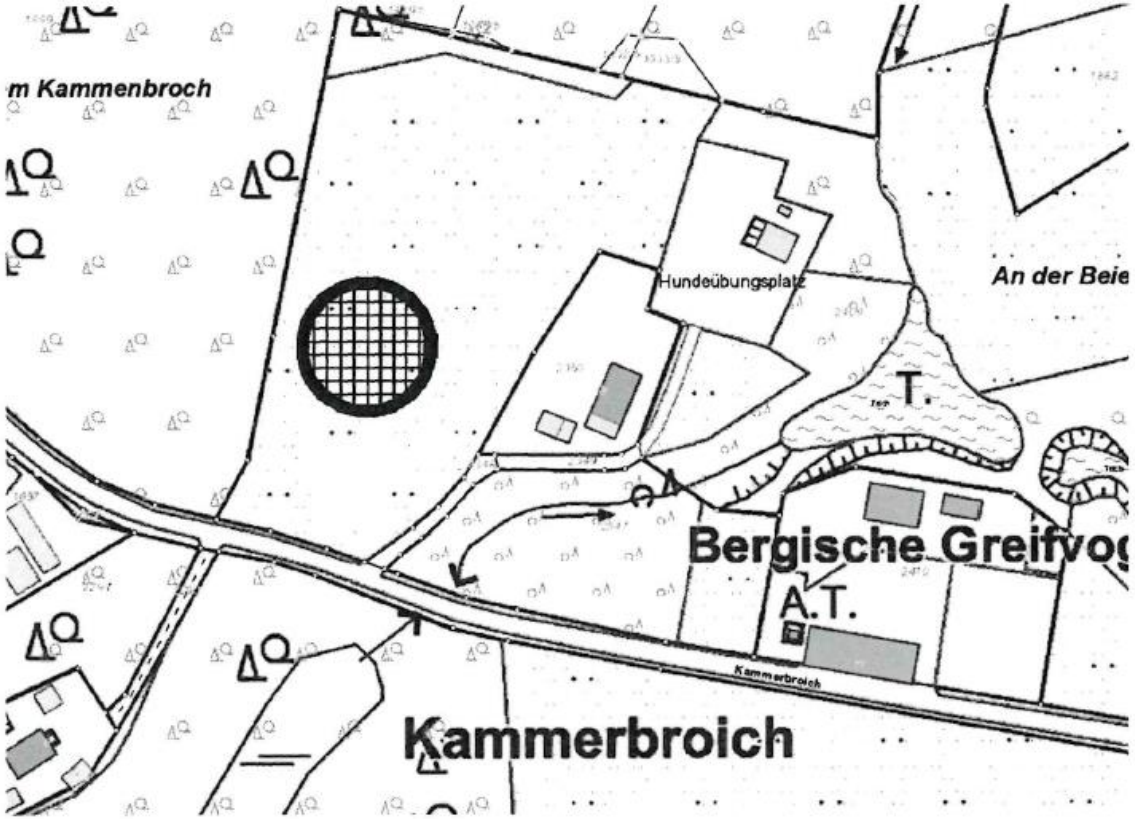
Anmerkungen:

- Eine weitergehende Prüfung in Sachen Baurecht soll noch erfolgen.
- Die Angebote sind noch nicht abschließend geprüft und von daher lediglich indikativ zu verstehen.

STANDORTANALYSE

RÖSRATH

1. Kammerbroich

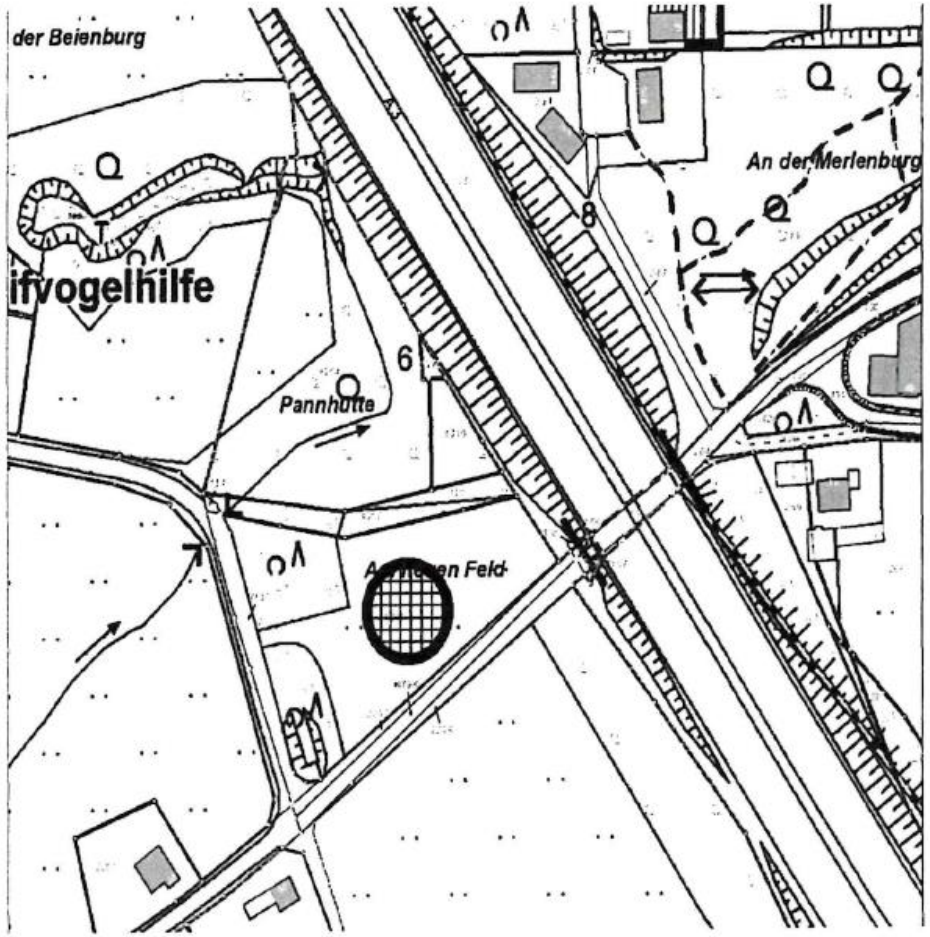


BEWERTUNG

NICHT INTEGRIERTER STANDORT
PACHTVERTRAG

Baurecht:	Außenbereich, Realisierbar nur über § 246 BauGB (Sonderregelung für Flüchtlinge) als befristete Baugenehmigung, Landschaftsschutz
Aktueller Zustand:	Wiese
Bauform:	Containeranlage

2. Brander Straße

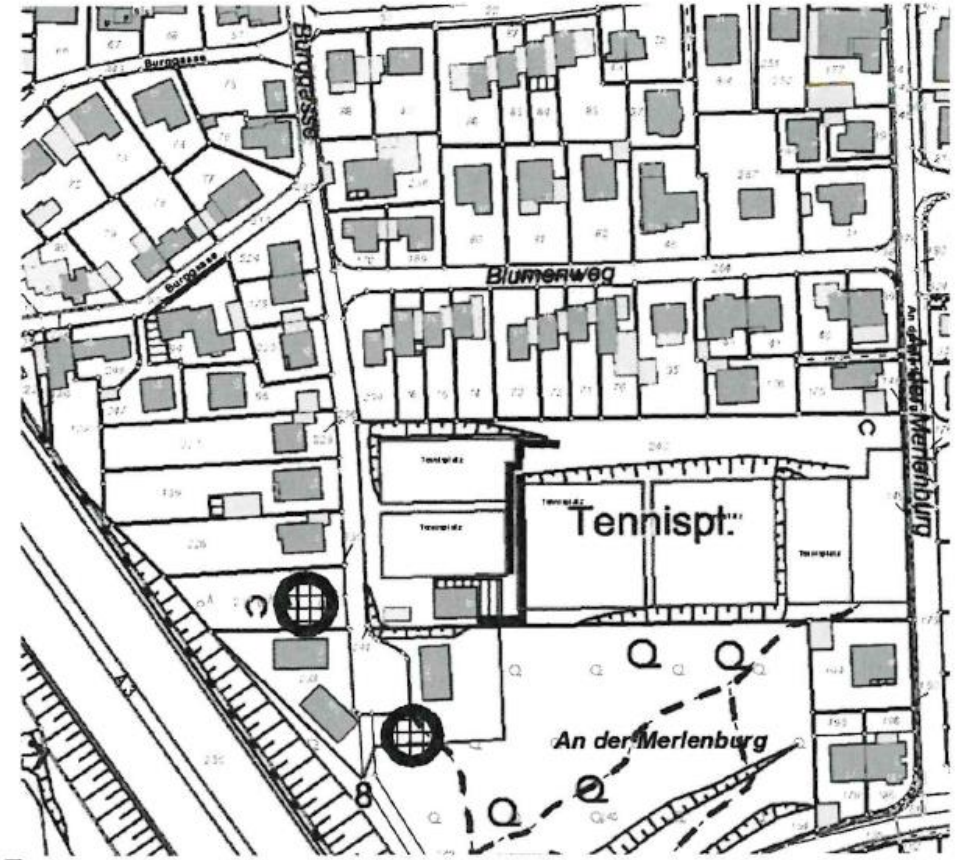


Baurecht:	Außenbereich, Realisierbar nur über § 246 BauGB (Sonderregelung für Flüchtlinge) Als befristete Baugenehmigung, Landschaftsschutz
Aktueller Zustand:	Wiese und kleinere Gehölze (teilweise)
Bauform:	Containeranlage

BEWERTUNG

BESCHLUSS SPV VOM 05.12.2023

3. Burggasse

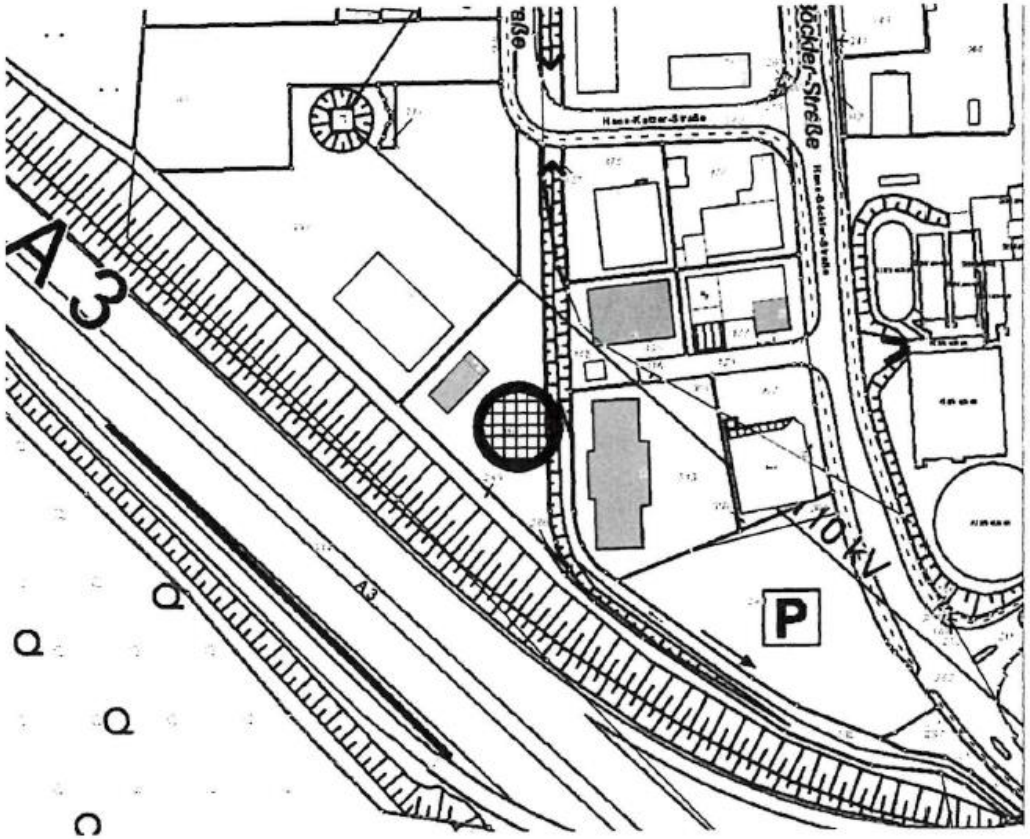


Baurecht:	Innenbereich,
Aktueller Zustand:	Wiese
Bauform:	Auf dem Grundstück Burggasse 76 festes Gebäude zur langfristigen Nutzung, im Bereich der bestehende Anlage Ergänzung um ein weiteres Modul. Insofern ist dieser Standort eher mittelfristig umsetzbar

BEWERTUNG

KLEINE GRUNDSTÜCKE
WEITERE NUTZUNG ANGEDACHT
GERINGE AUSNUTZUNG

4. Hans-Katzer-Straße

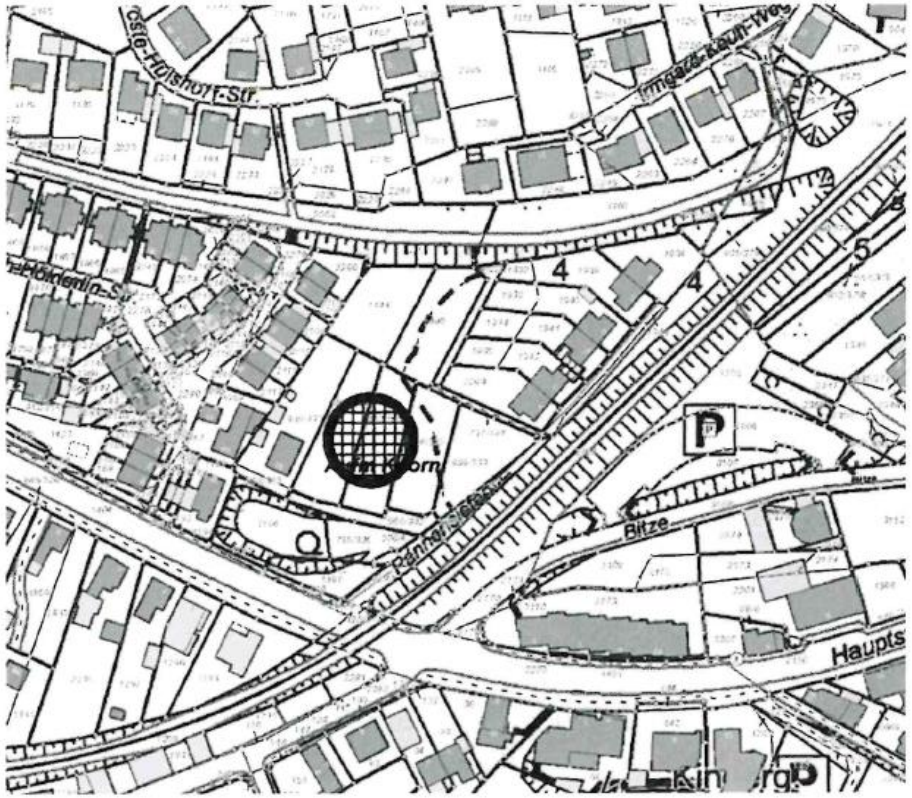


BEWERTUNG

NICHT VERFÜGBAR

Baurecht: Bebauungsplan, Ausnahmebestimmungen gem. § 246 BauGB
Aktueller Zustand: Bestehende Einrichtung in Containerbauweise
Bauform: Aufstockung um eine weitere Ebene in Containerbauweise

5. Pannensiefen



Baurecht:	Innenbereich, Bebauungsplan. Zielrichtung des Planes war die Anlage einer innerörtlichen Radwegeumfahrung. Er lässt sich aber auf Grund in Teilen fehlender Grundstücksverfügbarkeit nicht realisieren. Langfristig weist der Brandschutzbedarfsplan dort einen möglichen Feuerwehrstandort aus.
Aktueller Zustand:	Buschwerk mit vereinzelten größeren Gehölzen. Zur Zeit erfolgt die Klärung eines evtl. Kampfmittelverdachts
Bauform:	Containeranlage

BEWERTUNG

ANDERE NUTZUNG ANGEDACHT
WOHNNUTZUNG